

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Jahrespreis 24.00.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepostete Postzeit oder den Raum 25 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., wöchentliche Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67.

Dienstag, den 20. März 1917.

24. Jahrg.

Die umgestaltete Verkehrssteuer.

Von Wilh. Reil, M. d. R.

Der preussische Eisenbahnminister, der Vater der Verkehrssteuervorlage, ist bei den Erwägungen, welche Steuerlast er wohl dem Verkehr zumuten könne, rein zufällig auf die Summe von 315 Millionen Mark gekommen. Diese Ziffer erschien dem Hauptausschuss des Reichstages, machte er an den Einzelheiten der Vorlage noch so viel auszusetzen haben, als eine geheiligte. Man konnte im Verlaufe der Ausschussberatungen noch so durchschlagende Gründe für die Schonung bestimmter Verkehrsgebiete geltend machen, Gründe, die niemand zu widerlegen versuchte, und zu widerlegen vermochte, die Antwort lautete stets: Ja, aber die 315 Millionen müssen herauskommen! Wäre der Erfinder dieser Steuer auf einen Ertrag von 499 Millionen gekommen, so würde das die geheiligte Ziffer für den Ausschuss gewesen sein. Bei dieser Betrachtung der Dinge durch die bürgerlichen Parteien hatte natürlich die prinzipielle Bekämpfung der Verkehrssteuer, für die sehr gewichtige, besonders auch unserer Zeitverhältnisse entnommene Gesichtspunkte angeführt werden konnten, keinerlei Aussicht. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter mußte daher darin bestehen, die Vorlage nach Möglichkeit so zu gestalten, daß die wirtschaftlich schwachen Volksteile einigermaßen gespart werden.

Sehr viel ist's nicht, was nach dieser Richtung erreicht wurde. An den Umgestaltungen aber, welche die Vorlage erfuhr, haben die Mitglieder unserer Fraktion eifrig mitgewirkt. Sie hatten zunächst beantragt, die 4. Wagenklasse von der Steuer frei zu lassen, wie sie auch von der in Kraft befindlichen Fahrkartensteuer befreit ist. Die Rücksichtnahme auf den Einnahmeausfall, der auf 30,5 Millionen geschätzt wurde, und auf die Abwanderung der Fahrgäste von der 3. in die 4. Klasse demog alle bürgerlichen Parteien zur Ablehnung des Antrags. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag ging dann dahin, die Fahrkarten im Preise bis zu 60 Pfennig von der Steuerlast zu verschonen. Das entsprach wiederum dem geltenden Recht und diente zugleich dem in der Kriegszeit enorm wichtig gewordenen bevölkerungspolitischen Ziel, das gesunde Wohnen der Massen der Fabrik- und Bureauarbeiter außerhalb der Steinmauern der Großstädte zu erleichtern. Lediglich die 315 Millionen, die der Verkehr bringen müsse, entschied gegen den Antrag. Selbst der Antrag der Fortschrittler, der nur Steuerfreiheit bis zu einem Fahrpreis von 30 Pfg. gewähren wollte, fiel aus diesem Grunde. Und nicht einmal ein bereits zum Beschluß erhobener Zentrumsantrag, der diese Grenze auf 15 Pfg. festsetzte, blieb bestehen, denn auch dabei würde ein Ausfall von etwa 20 Millionen entstanden sein. Man dehnte vielmehr die Steuer auf die kleinsten Fahrpreise und Fahrstrecken, also auch auf die Straßenbahnen aus, ermäßigte aber den Steuerfuß für die Straßenbahnen, planmäßig fahrenden Omnibusse und Ueberlandautolinien auf 6 Proz. des Fahrpreises, während die Regierung 12 Proz. gefordert hatte. Vor dem 1. Juli 1918 soll übrigens die Besteuerung der Straßenbahnen und ähnlichen Betriebe nur dann in Kraft treten, wenn vor diesem Zeitpunkt eine Erhöhung der Tarife eintritt. Hoch- und Untergrundbahnen, bei denen der Herstellungskosten durchschnittlich mehr als 2 Millionen Mark für das Kilometer beträgt, kann der Bundesrat von der Steuer frei stellen. In bezug auf die Besteuerung des Personenverkehrs der Eisenbahnen stimmte der Ausschuss der Vorlage zu, die die Fahrpreise der 1. Klasse mit 16 Proz., der 2. mit 14 Proz., der 3. mit 12 Proz. und der 4. mit 10 Proz. belastet. Unter Antrag, die Prozentätze auf 20, 15, 10 und 5 zu bemessen, hatte einmal den Zweck, der Entlastung entgegen zu wirken, die der 1. Klasse bei weiten Entfernungen durch die neue Steuer, verglichen mit der alten Fahrkartensteuer, tatsächlich zuteil wird, sodann diente er der Schonung der Armen. Für eine Fahrt Berlin—Straßburg oder Berlin—Memel wird künftig der reisende Erstklassige weniger Steuer zu zahlen haben wie bisher, der Reisende 3. Klasse dagegen wird von 40 oder 60 Pfg. auf 3.— Mk. und mehr in der Steuer gesteigert, und der Reisende 4. Klasse wird für das vergnügen 800 Kilometer im Personenzug zurückzulegen, eine Last von 1,60 Mk. ganz neu zu zahlen haben. Auch bei diesem Beschluß war wieder richtunggebend die geheiligte Ziffer: 315 Millionen. Daneben wirkte noch mit das Bestreben, die Abwanderung von der höheren in die niederen Klassen umzuwenden in eine Aufwanderung von den niederen in die höheren. Wenn man aber das Publikum durch eine empfindliche und unverhältnismäßige Besteuerung der niederen Klassen zwingen will, die höheren Klassen zu benutzen, so erinnert das an die Kuren des Dr. Eisenhart. Wozu noch kommt, daß — zumal in der nach Vereinfachung schreitenden Zeit — nach dem Friedensschluß es nur erwünscht sein dürfte, wenn die Zahl der Eisenbahnklassen vermindert und die Ausnützung der Wagenplätze gesteigert würde.

Bleib bei der Besteuerung des Personenverkehrs infolge Ermäßigung des Steuerfußes für die Straßenbahnen immer noch ein Ausfall von etwa 17 Millionen, so suchte man diesen bei der Besteuerung des Güterverkehrs um der geheiligten Ziffer 315 Millionen Mark willen wieder hereinzubringen. Das war nicht leicht. Denn der gar zu einfache

Regierungsvorschlag, den Güterverkehr durch die Bank mit 7 Proz. des Beförderungspreises zu belasten, hatte nicht nur bei unserer Fraktion, sondern auch in anderen Lagern, namentlich bei süddeutschen Abgeordneten, starke Bedenken geweckt. Bei dieser Besteuerungsart mußte die Gütererzeugung in den kohlens- und erzarmer Gegenden unverhältnismäßig schwer getroffen und die Konzentration der Großindustrie an den Stätten der Kohlen- und Erzgewinnung bedingt gefördert werden. Dazu kommt noch die geplante Kohlensteuer, die in der gleichen Richtung wirkt. Den Vorschlägen, den Güterverkehr auf großen Entfernungen durch eine gestaffelte Steuer zu schonen, trat die Regierung mit dem Einwand der Berechnungs- und Erhebungsschwierigkeiten entgegen. Der Hinweis auf die ausgleichende Wirkung des beibehaltenen Frachtfundenstempels, der auf kurzen Strecken mehr belastet als auf weiten, genügte aber dem Ausschuss nicht. Man kam daher schließlich zu einer sehr künstlichen Mischung von Frachtfundenstempel und prozentuierter Steuer auf den Beförderungspreis. Die Kohle, bei der die schwere Belastung auf weiten Strecken am schärfsten wirkt, nahm man aus der neuen Steuer ganz heraus, brannte ihr aber dafür einen gegen bisher verdoppelten Frachtfundenstempel auf. Erst im vorigen Jahre ist dieser Stempel für Wagenladungen von 20 Pfg. auf 1 Mk. bei kurzen, von 50 Pfg. auf 2 Mk. bei weiten Entfernungen erhöht worden. Jetzt soll er bei der Kohlenbeförderung 2 und 4 Mk. betragen! Das ist ein so rascher Aufstieg, daß man dringenden Wunsch muß, die Versicherung der Regierungsvertreter möchte gehalten werden, daß es sich jetzt um eine abschließende Verkehrsbesteuerung handle. Im übrigen Güterverkehr wird der Frachtfundenstempel für Wagenladungen auf 1,50 Mk. bzw. 3 Mk. und bei Eilgut auf 3 bzw. 6 Mk. erhöht. Frachtfund- und Eilgut soll 15 Pfg. (bisher 10 Pfg.), Eilfrachtfundgut 30 Pfg. (20 Pfg.) zahlen. Dazu kommt nun bei allen Gütern, ausgenommen die Kohle, die 7prozentige Besteuerung des Beförderungspreises. Der Ertrag dieses Gemischs von veralteten Steuererhöhungen und neuen Steuern begnügt sich nach den Schätzungen fast genau wieder auf — 315 Millionen!

Wiel wird an diesen Beschlüssen nicht mehr geändert werden. Wichtig ist das von unserer Seite scharf herausgehobene Zugeständnis des Schatzsekretärs, daß billigere Arbeiter- und Schülerkarten im Staatsbahnverkehr ebenso steuerfrei bleiben würden, wie im Staatsbahnverkehr. In den Gemeinden wird also nun für die Ausgabe solcher Karten zu wachen sein. Wichtig ist auch die Erklärung, daß die Durchführung der Fahrkartensteuer erst mit der geplanten Tarifherabsetzung, diese aber nicht während des Krieges erfolgen sollte. Das ändert aber nichts an unserem Gesamturteil über die Verkehrsbesteuerung. Der Verkehr wird durch diese Maßnahme Schaden des Wirtschaftslebens geschmetzt, die Warenproduktion wird weiter verteuert werden. Das ist eine verwerfliche Politik, die die Sozialdemokratie umso weniger unterstützen kann, als andere Quellen zur Befreiung der jetzt erforderlichen Teilbedeutung der großen Kriegslast zur Verfügung stehen.

Die Schicksalsstunde Rußlands.

Die heute aus Petersburg vorliegenden direkten Meldungen sind äußerst gering; sie geben kein Bild von dem gegenwärtigen Stand der Dinge. Und gerade hierüber möchte man etwas Näheres erfahren, da nach neueren aus Kopenhagen, Malmö und anderen Plätzen eingegangenen Nachrichten bereits ernstlich mit einer

proletarischen Gegenrevolution

gerechnet werden muß.

Befürchtet wird diese Gegenrevolution durch den Umstand, daß das verteilte Getreide in Petersburg und Moskau bereits aufgebraucht sein und sich der Hunger wieder eingestellt haben soll. Bestätigt sich diese Meldung, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die neue Regierung dieser Schwierigkeiten nicht Herr werden wird und die Lämne, die einmal ins Rollen gekommen ist, nicht wieder aufhalten kann. Die große, breite Masse verlangt Brot und Frieden, nicht Versprechungen, von denen sie nicht satt werden kann.

Wie ernst die Lage wieder zu sein scheint, geht aus einer Malmöer Meldung hervor, nach der in Petersburg eine große Friedensdemonstration streikender Arbeiter stattfand, was zur Folge hatte, daß die russische Hauptstadt neuerdings wieder in

Verteidigungszustand

gesetzt sein soll. Die Führer der Arbeiter ermahnen diese, die neue Regierung zu unterstützen. Sie dürften hiermit aber wenig Erfolg haben, da bereits ein besonderer Revolutionsausschuss der Arbeiter gebildet sein soll. Dessen Tätigkeit würde allerdings wesentlich erleichtert, wenn eine „Temp“-Meldung zutrifft, nach der die provisorische Regierung in Petersburg die Forderung der Führer der Arbeiterschaft auf sofortige Ausschreibung allgemeiner Wahlen verweigerte. Rodzianko beharrt hiernach auf der Vertagung der Wahlen bis nach Friedensschluß. — Wir halten diese Meldung allerdings für ziemlich unwahrscheinlich, da nicht anzunehmen ist, daß sich die neue Regierung selbst ihr eigenes Grab schaufeln wird.

Von einem Komitee der Arbeiter-Abgeordneten und einer Deputation aus der Armee ist ein „Befehl“ verbreitet, in dem die Soldaten aufgefordert werden, die Autorität ihrer Offiziere und der Duma nicht anzuerkennen und selbst für die Disziplin zu sorgen. Die Wirkung dieser Herausforderung ist sehr verhängnisvoll gewesen. Im Laufe des Tages hat der Justizminister Kerenski dem Sozialistenführer Tschelidze, der der Präsident des Komitees der Arbeiter-Abgeordneten ist, nachdrücklich vorgeschrieben, daß sofort äußerst strenge Maßregeln ergriffen werden müssen und daß Tschelidze sofort in Abrede stellen müsse, daß er mit der Verbreitung des sogenannten „Befehls“ irgend etwas zu tun habe. Es stellte sich jetzt heraus, daß dieses verräterische und aufhebende Dokument, das auf geheimnisvolle Weise gedruckt ist, in großer Zahl verbreitet wurde, auch im Dumagebäude eingeschmuggelt war, wie man glaubt, durch geheime Agenten der alten Regierung. Man hat es hier offenbar mit einem Versuch zu tun, in der russischen Armee Uneinigkeit zu säen und eine schmachvolle

Uebergabe an die Deutschen herbeizuführen. Die Masse des Volkes und der Armee sind nicht genügend gebildet, um diese einfache Tatsache zu begreifen. Kerenski befahl, daß der Befehl mit Zustimmung Tschelidzes zu protokollieren sei, daß die Soldaten ihren Offizieren untergeordnet bleiben müssen und daß alle Personen, die solche Dokumente drucken oder in Umlauf bringen, in Zukunft als Landesverräter betrachtet werden sollen. Tschelidze antwortete, daß er Kerenski bei diesen Bemühungen unterstützen werde.

Die Vermutung, daß die alte Regierung hinter dieser Aktion stehe, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn daß die Reaktion mit Hochdruck arbeitet, ist klar; zum Teil hat sie die Generale hinter sich. Rodzianko hatte namens der revolutionären Regierung an die Generale Kuski, Gwert, Alexejew, Brussilow, Gurko, Sacharow, Tschelidze und Gorbatschew Telegramme gerichtet, mit der Aufforderung, sich den Revolutionären anzuschließen. Während der Chef des Generalstabes, General Alexejew, der bereits früher im Ruße stand, liberalen Ideen zu huldigen, eine ziemlich klar umrissene zustimmende Erklärung abgab, lehnte General Brussilow es ab, sich mit der Revolution zu identifizieren; er werde den Zaren nicht verlassen. Auch General Kuski lehnte es ab, den Treueid dem Zaren zu brechen. General Gwert telegraphierte zurück, daß er zum Zaren halte, daß er aber den Willen des Volkes und der Gesellschaft zu einem durchdringenden Siege willkommen sei. Die Generale Gurko, Tschelidze und Sacharow erklärten ebenfalls, dem Zaren treu bleiben zu wollen. Bei Sacharow ist keine Antwort eingegangen. In den nächsten Tagen sollen direkte Verhandlungen zwischen dem Generalstab und der neuen Regierung stattfinden. Die Verhandlungen sollen durch Rodzianko, Miljutow und Guttschikow geführt werden und hauptsächlich die Regelung des Nachbendienstes zur Front betreffen. Seit drei Wochen sind keine Truppen nachschübe an die Front abgegangen.

Zweifellos leidet die Versorgung der Front mit Truppen unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Doch hierüber, wie über die weitere Entwicklung der Dinge heute Schlusfolgerungen zu ziehen, wäre verfrüht. Man muß den weiteren Verlauf abwarten.

Ueber die Lage in Finnland veröffentlicht Dagens Nyheter folgende Meldung:

Der russische Senator Lipski ist zum Generalgouverneur von Finnland ernannt worden. Drei russische Kommissare hätten in den letzten Tagen die finnischen Städte besucht, um die nötigen Veränderungen vorzunehmen. Die Gendarmen seien vollständig abgeschafft. Der Gendarmenchef in Tornaa, Oberst Klimowitsch wurde wahrscheinlich verhaftet. In den von Kommissionen besuchten Städten seien große Volksversammlungen abgehalten worden, die ihre Vertreter zur neuen Regierung ausgesprochen hätten. Aus Finnland in Saparanda eingetroffene Reisende berichten, daß in Selingfors viel Blut geflossen sei. Die Soldaten hätten die Stadt durchzogen und alle Offiziere, die sich weigerten, die Revolutionszeichen anzulegen, niedergeschossen. Unter den Erschossenen befanden sich zwei Admirale.

Aus dem Gerichtssaal.

15 Jahre Gefängnis für einen Vatermörder. Der 17 Jahre alte Knecht Wilhelm Dobilaw aus Essendorf, der aus Rache seinen eigenen Vater, den Ernährer von acht Kindern, durch das Fenster erschossen und dann die neben dem Wohnhause gelegene Scheune in Brand gesteckt hatte, wurde vom Kriegszustandsgesicht in Bromberg zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. März. Aus Stockholm meldet ein Gewährsmann der „Kos. Ztg.“, die eigentliche russische Revolution sei noch nicht erfolgt, sondern werde demnächst erst ausbrechen. Am Donnerstag erschien die Proklamation der Petersburger Arbeiterschaft, die folgende Forderungen aufstellte:

Abjagung der Kaiserwürde.
 Plebiszit über die Fortsetzung des Krieges, an dem sich sämtliche zum allgemeinen direkten Wahlrecht (das auch dem gesamten Militär einzuräumen ist) Berechtigten zu beteiligen haben.
 Es folgen weitere elf Forderungen auf sozialdemokratischer Grundlage, die uns zunächst hier nicht beschäftigen sollen.
 Da schon die gegenwärtige Regierung unter dem Druck der Arbeitervertreter völlige politische Versammlungsfreiheit auch innerhalb der Feldarmeen dekretieren mußte, haben sich zahlreiche

Arbeiterführer an die Front begeben, um dort eine Agitation für die oben genannten Forderungen einzuleiten.

Basel, 19. März. Die „Basler Nachrichten“ teilen über die französische Ministerkrisis mit, Ribot werde dem Präsidenten der Republik mitteilen, daß er die Bildung des Kabinetts angenommen habe. In den Wandelgängen der Kammer werden als zukünftige Mitarbeiter des Präsidenten Leon Bourgeois, Aloh, Doumergue und Painleve genannt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellin. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

U-Bootspende.

In dem gewaltigen Völkerringen unserer Tage hat ein neuer Abschnitt durch die Tätigkeit unserer U-Boote begonnen. Das ganze deutsche Volk steht mit tiefem Ernst und äußerster Entschlossenheit einmütig hinter den Männern, die diese scharfe Waffe mit staunenswertem Erfolge gegen den Feind führen.

Um diesen Helden eine Gabe des gesamten deutschen Volkes darzubringen, ist auf Anregung aus der Mitte des Reichstags in Berlin unter dem Vorsteh des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf ein Ausschuss zur

Sammlung einer U-Bootspende

gegründet worden, dessen Ehrenpräsidium der Reichskanzler und der Generalfeldmarschall von Hindenburg übernommen haben.

Auch für Lübeck hat sich ein Landesauschuss gebildet, mit dem der hier schon bestehende Ausschuss zur Sammlung von Liebesgaben für die Flotte unter Ueberweisung des bisherigen Ergebnisses seiner Sammlung für die U-Boote sich vereinigt hat.

Nunmehr gilt es in Einhelligkeit den U-Boothelden den Dank Lübecks abzustatten.

Lübecker und Lübeckerinnen, ohne Unterschied der Stände und Parteien, legt Eure Gabe für die U-Boot-Befahungen und für andere Marineangehörige, die ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind, opferwillig nieder!

Beiträge nehmen die Unterzeichneten, die Expeditionen der hiesigen Zeitungen und alle Bankstellen entgegen.

Der Lübeckische Landesauschuss für die U-Bootspende.

Bürgermeister Dr. Fehling.
 Senator Dr. Eschenburg. Vizeadmiral z. D. Kühse. Senior Becker. Frau Senior Becker. Stadtkassenverwalter Bruns. Rabbinder Dr. Carlbach. Brudereibesitzer W. Dahms. Frau Direktor Diestel. Brädes Dimpker. Wortführer des Bürgerausschusses. Vizeadmiral z. D. Ehrlich. Frau Vizeadmiral z. D. Ehrlich. Senator H. Eschenburg. Frau Senator Dr. Eschenburg. Hauptkassier Evers. Frau Bürgermeister Fehling. Regierungsrat Dr. Gelse. Zimmermeister Glasow. Rechtsanwält Dr. Götz. Wortführer der Bürgerwehr. Buchhalter J. Grewen. Buchdrudereibesitzer J. Heise. Postdirektor Imholz-Schlutup. Vizeadmiral z. D. Kindt. Gerichtsekretär Köster. F. C. Lauenstein. Lorenzkommandeur Lauenburg-Strasembünde. Kaiserl. Vizeadmiral Maeder. Vizeadmiral Martens. Senator Dr. Neumann. Frau Landesrichtspräsident Dr. Oesler. Frau Dr. Paoprer-Strasembünde. Rechtsanwält Dr. Plessing. Senator Posschl. Frau Senator Posschl. Senator Rabe. Vizeadmiral Röhder. Hauptlehrer Reimpell. A. Rey. Sommerstudent G. Scharf. Direktor Professor Dr. Schulze. Gerichtsdirektor Schwelm. Jrl. A. von Steinmann. Frau Senator Dr. Stöck. Frau A. Tegtmeier. Haus. Thiel. Kaufmann Herm. Thiele. Senator Dr. Vermehren. Privatmann W. Vermehren. Buchdrudereibesitzer Otto Waalde. O. Warncke. Rechtsanwält Weyrowitz. (7999)



„Unsere Marine“
 Zigarette
 3 Pf.
 einschliesslich Kriegsaufschlag
 Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.
 Georg A. Jasmazi Aktiengesellschaft.

Die Unterzeichneten sehen sich genötigt, die Preise für ihre Fabrikate den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen und das Flaschenpfand auf 10 Pf. für die Flasche festzusetzen. (8004)

Bereinigung der Mineralwasser-Fabrikanten von Lübeck und Umgegend.
 O. Domnick & Co. H. Fahrkrug.
 Happ & Linnartz. H. Hormann. Th. Lemke.
 M. Meyer. J. C. Wessel. J. H. Wulf. H. Schmill.



Gewerbe-Gesellschaft in Lübeck.
 VI. Deutsche Kriegsanleihe.
 Die Mitglieder der Gesellschaft können Anteilsscheine im Betrage von M. 5.—, M. 10.—, M. 20.— und M. 50.— in der vom Vorstand errichteten Sammelstelle bei dem Kassensführer Herrn **Johs. N. C. Kahns**, Große Petersgrube 9, erwerben. 7998

Bekanntmachung.
 In letzter Zeit hätten sich die Läden von Wiedern und Gendern auf Erkenntnis geschlichter oder sonstige abhandeln gemeinsamer Streitgegenstände sowie von geschlossenen Brot und Mehl in vorerwähnter Weise, das das Polizeiamt sich gewonnen hat die Erkenntnis gründlich abzuhandeln, ohne Rücksicht darauf, ob den Streitenden bei dem Verlust ein Verstoß zu trüben oder nicht. Das Polizeiamt mag es den Gendern und Wiedern überlassen, die Streitgegenstände sowie ihre Brot- und Mehlwaren demamt abzugeben, das sie nicht gelassen werden oder sonstige abhandeln lassen.
 Lübeck, den 19. März 1917. (7995)

Das Polizeiamt.
 Eine Bekanntmachung betreffend die Bekämpfung der Unkraut- und Gendern sowie der Verbreitung von Krankheiten ist am 20. März 1917 in Nr. 1. L. 1. 17 KRA. — wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Morgenspost, Handels- und Anzeiger) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.
 Lübeck, den 20. März 1917. (7996)
 Stadt. Gesundheitsamt IX. K. A.

Gehalt eine Frau
 (7991)
 (7992)
Gehalt 1. L. Juli 1917
 (7993)
 (7994)

1 welt. Kaffe-Zughaben
 (7998)
Sozialdemokratische Frauen
 (7997)

Deutscher Arbeiter-Verband
 Zweigverein Lübeck.
 Am 19. März verstarb im Allgem. Krankenhaus unter Notlage, der Mutter **Georg Meyer** im 53. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, d. 23. März, nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Forstweg Friedhof statt. Um zahlreiche Beteiligungen ersucht.
 Der Zweigvereinsvorstand. (8001)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
 Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung am **Mittwoch, den 21. März** abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ **Jahannisstraße 50-52.**
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1916.
 3. Bericht vom Gewerkschaftsleiter.
 4. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Bis Ortsverwaltung. (8002)

Metropol. Homunculus
 Das Ende des Homunculus.
 Der beste Teil der ganzen Serie. (8007)
 Vorführung um 5 und 8 Uhr abends.
 Eine glänzende und für sich abgeschlossene Handlung. In der Hauptrolle **Olaf Föns.**

Verein der Musikfreunde.
25. volkstüml. Konzert
 Mittwoch, den 21. März abends 8 Uhr. in der Stadthalle. Leitung: Dr. Georg Gähler. (7989)
Opern-Abend.
 Ouverturen und Szenen aus: Joh. v. Paris, Regimentstochter, Margarete, Lustige Weiber, Königin v. Saba, Hänsel und Gretel, Evangelimann

Stadttheater.
 Dienstag, d. 20. März 1917:
Der Wildschütz.
 Komische Oper v. A. Lotzing.
 Mittwoch, den 21. März 1917
Das Dreimäderlhaus
 Donnerstag, den 22. März 1917
Wie es euch gefällt
 Lustspiel von W. Shakespeare. Musik von H. H. Wetzel.
 Anfang der Vorstellungen 7 1/2 Uhr. (7987)

Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübecker, 19. März. Wortführer Dr. G r u b e eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 30 Min. Er widmet dem verstorbenen Grafen Z e p p e l i n und dem Bürger...

1. Antrag: Erlass eines Vermögenssteuergesetzes. Prof. G r u b e be dauert, daß der Senat den Bürgerauschuss beschließen nicht beigetreten ist. Er fürchtet deshalb eine Wieder...

2. Antrag: Fortdauer des Wertzuwachssteuergesetzes. S c h u l m e r i c h stellt den Antrag, die Geltung des Gesetzes bis zum 31. März 1918 festzusetzen und das Gesetz einer Kom...

3. Antrag: Revision der Stempelordnung. P e d e l h o f f stellt einen Antrag zugunsten des Gutes Weissenrode, dessen Stempelfreiheit man jetzt mit einem Feder...

wenn wir auf das betrachtete große Kreuzen blicken, so sehen wir, daß auch dort 1/4 pro Tausend an Vermögenssteuer erhoben wird. Wenn Sie dann die ganze steuerliche Belastung der dort wohnenden Besitzer größerer Vermögen in Betracht ziehen, so ergibt sich, daß wir verhältnismäßig noch günstiger stehen...

Dr. v. B r o c k e n hält eine Kommissionsberatung für überflüssig. Der positive Inhalt des Gesetzes begründe eine solche nicht, sondern nur der Gedanke, man könne mehr Steuern erheben. Der Fehler des Gesetzes sei der, daß es zu spät erfähten, weshalb man die ins Auge gefassten Fälle nicht mehr erfassen konnte.

Früede sei dann wieder eingeleitet und man übersehen könne, wie sich das Gesetz unter den neuen Bedingungen bewähren würde. Auf die Kriegszwänge hin könne man das Gesetz in seiner jetzigen Fassung nicht verewigen, weshalb es nur richtig sei, es auf ein Jahr zu begrenzen.

Dr. v. B r o c k e n hält das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt für durchaus günstig. Der Senatsantrag wird endgültig angenommen, der Antrag von S c h u l m e r i c h abgelehnt.

3. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betreffend Anwendung des Einkommensteuergesetzes auf Militärapersonen. 4. Antrag: Nachtrag zum Einkommensteuergesetz.

Dr. v. B r o c k e n und A l b e r s widersprechen dem Vorredner und behaupten, daß in manchen Fällen der Wertzuwachs nicht unbedeutend sei, sondern auf der Tüchtigkeit von Geschäftsleitenden beruhe.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. 6. Antrag: Revision der Stempelordnung.

Dr. v. B r o c k e n stellt einen Antrag, die Geltung des Gesetzes bis zum 31. März 1918 festzusetzen und das Gesetz einer Kommission zur Revision zu überweisen. Mit dem Gesetz sei das gerade Gegenteil seines Zweckes erreicht worden.

Dr. v. B r o c k e n glaubt, eine Vertagung der Prozesse wäre eher am Platze, um den keinen Streitfällen vorzubeugen. Im übrigen sei der Senatsvorschlag der empfehlenswerteste für alle Prozesse einen gleichen Stempelbetrag zu erheben.

Hierauf wird der Senatsantrag mit den beschlossenen Änderungen endgültig angenommen. Der Antrag P e d e l h o f f auf Kommissionsberatung zur Prüfung einer Entschädigung wird angenommen.

7. Antrag: Verwaltung der Wirtschaft, Theater- und Konzertsaal der Stadthalle. P u c h w a l d ist nicht der Meinung, daß es richtig sei, die Räume ohne Umschweife der Theaterbehörde zu übergeben.

Dr. v. B r o c k e n glaubt, eine Vertagung der Prozesse wäre eher am Platze, um den keinen Streitfällen vorzubeugen. Im übrigen sei der Senatsvorschlag der empfehlenswerteste für alle Prozesse einen gleichen Stempelbetrag zu erheben.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von B. M. Dostojewskij.

121. Fortsetzung. Dieses Gespräch fand auf dem Vorflur an der Treppe statt. Swidrigailow schaute Rasolnikow hart in die Augen, plötzlich schrie er, senkte den Kopf und fragte: „Weshalb seid Ihr gar nicht recht bei Euch selbst, Rodion Romanowitsch? Ihr habt, Ihr seht, aber Ihr scheint nicht zu verstehen; ermannt Euch doch! Laßt uns ein wenig plaudern; es ist nur schade, daß ich soviel zu tun habe, was mich gar nichts angeht, doch auch meine eigenen Angelegenheiten habe ich — ja, Rodion Romanowitsch,“ fügte er plötzlich hinzu, „alle Menschen brauchen die Luft, Luft — diese vor allen Dingen!“

Er wandte sich plötzlich seitwärts, um einem zur Treppe heraufkommenden Geistlichen mit dem Kränzchen Platz zu machen; dieselben kamen, um das Totenamt zu singen. Auf Anordnung Swidrigailows wurde daselbst zweimal des Tages gemächlich gehalten; dieser ging nun seines Weges, Rasolnikow aber blieb stehen, dachte eine Weile nach und folgte dann dem Geistlichen in die Wohnung Sonjas.

Nach Beendigung des Totenamtes näherte sich Rasolnikow Sonja; diese ergriß plötzlich seine beiden Hände und lehrte ihren Kopf an seine Schulter. Die sanfte Bewegung erfüllte ihn mit schwankenden Empfindungen; es ward ihm eigenartig zu Mut. Wie? Sie hatte nicht die geringste Abneigung, nicht den geringsten Gelst vor ihm; nicht ein leichtes Zittern ihrer Hand war bemerkbar? — Dies war die wahrhafte Unendlichkeit der Selbsterniedrigung? So wenigstens sagte er diese aus. —

Sonja sprach kein Wort, Rasolnikow drückte ihr die Hand und verließ sie dann; es war ihm unendlich schwer ums Herz, wäre es möglich gewesen, in diesem Augenblick sich in eine Einsamkeit zu verbergen, wenn selbst für das ganze Leben, so hätte er sich glücklich geschätzt. Aber das war es ja eben, daß er in letzter Zeit, obwohl fast stets einsam lebend, sich durchaus nicht einsam fühlte. Er war schon außerhalb der Stadt gegangen, auf die Landstraße, einmal sogar in den Wald, aber je einsamer die Gegend ward, um so mächtiger fühlte er die nahe und drückende Gegenwart von etwas Wesenlosem, das weniger fürchtbar als besonders belästigend war, so daß er schnell nach der Stadt wieder zurückkehrte, sich unter die Menschen mischte, in Wirtschaften ging und Biertrank. Hier schien es ihm etwas leichter und sogar einsamer zu sein. In einer Spielwirtschaft lang man gegen Abend; er blieb eine Stunde lang darin sitzen und hörte zu und ward sich bewußt, daß ihm dies ganz angenehm war. Endlich aber erhob er sich, doch wieder von jener Unruhe erfaßt, jetzt begannen ihn auch Gewissensbisse zu verfangen: „Hör ich nun und höre Gefang an, daß ich denn dies?“ Er empfand hierbei aber recht wohl, daß nicht dies allein ihn quälte, es war auch noch ein Verlangen nach einer baldigen Entscheidung, das sich nicht klar überdenken, nicht mit Worten wiedergeben ließ. Es hatte sich alles in ihm zu einem ungehörigen Knäuel zusammengeballt. „Rein, das ist ein Kampf doch besser, dann lieber wieder Porphyrios oder Swidrigailow! Wieder wieder eine Vorladung, oder eine Ueberweisung! Ja, ja!“ dachte er. Er ging aus der Spielwirtschaft fort, und begann aufs Geratewohl von bannen zu wandern. Der Gedanke an Dunja und seine Mutter erweckte in ihm plötzlich einen fürchtbaren Schreck. In jener Nacht war es, daß er gegen Morgen inmitten von Gefährlichkeiten erwachte auf der Kretschowstraße, bebend vor Fieber. Er begab sich heim und kam nach mit dem zaudernden Morgen daselbst an. Nachdem er einige Stunden geschlafen, schwand das Fieber, er erwachte erst spät, gegen zwei Uhr nachmittags.

Er entsann sich, daß an diesem Tage Katharina Swanownas Beerdigung stattfand, aber es freute ihn, daß er nicht dabei gegenwärtig war. Katharina brachte ihm zu essen; er aß und trank mit großem Appetit, fast gierig; sein Kopf wurde leichter und er selbst ruhiger, als in den letzten drei Tagen. Er vermußte sich fast über die früheren Ausdrücke jenes fürchtbaren Schrecks. Da öffnete sich die Tür und Rasumitschin erschien. „Ah, er ist; dann wird er wohl nicht krank sein!“ jagte dieser, nahm einen Stuhl und setzte sich an den Tisch, Rasolnikow gegenüber. Er war beunruhigt und bemühte sich nicht, dies zu verbergen. Er sprach mit deutlicher Gereiztheit, aber ohne Rede...

haftung und ohne die Stimme zu erheben. Man hätte denken können, daß ein ganz besonderer, eigenartiger Entschluß in ihm haften.

„Hör“, begann er in entschlossenem Tone, „bei euch allen scheint der Teufel in Spiele zu sein, schon deshalb, weil ich jetzt leide, klar sehe, daß ich aus nichts klug werden kann; denke übrigens nicht etwa, daß ich gekommen sei, dich auszuforschen. Es geht mich alles nichts an! Ich will nichts wissen! Ich bin jetzt selbst hinter alles gekommen, hinter alle eure Geheimnisse, ich habe auch davon gehört; aber ich will nicht dabei stehen, ich ignoriere alles und gehe. Jetzt bin ich nur gekommen, um selbst und endgültig zu erfahren: Ist es Tatsache, zunächst, daß du wahrhaftig bist? Du selbst, weißt du, hast ja die Ueberzeugung, daß du es bist, oder wenigstens bedenklich dazu neigst! Ich gehe dich, ich selbst bin ebenfalls stark geneigt, dieser Ansicht beizutreten, erstens angedachts deiner Trübsnit und zum Teil erbärmlichen — durchaus nicht mehr ganz unbekanntem Handlungen, zweitens in Anbetracht meines Verhaltens jüngst hin gegenüber deiner Mutter und deiner Schwester. Nur ein Ungeheuer und ein Elender — wenn nicht ein Wahnsinniger — könnte so an ihnen gehandelt haben, wie du es tatest; folglich bist du wahrhaftig!“

„Fast du heide neuerdings gehen?“ „Soeben. Aber du nicht seit jenem Tage! Wo treibst du dich nur herum, sage mir doch gefälligst; ich bin dir nun schon dreimal nachgelaufen. Deine Mutter ist seit dem gestrigen Tage erkrankt; sie wollte zu dir, aber Rodotja Romanowna hat sie zurückgehalten. Sie will nichts hören, Wenn er krank ist, ruf sie, wenn sein Verstand gelitten hat, was soll ihm da beistehen, wenn nicht die Mutter?“ „Wie sind dann alle zusammen hierher gekommen, da wir sie unmöglich allein gehen lassen konnten, bis an die Tür deiner Wohnung haben wir sie gebeten, sich doch zu betragen. Wir kamen, aber du warst nicht hier; da hat sie sich niedergelassen, und zehn Minuten gekesselt, wir aber standen schweigend um sie herum. Dann erhob sie sich und sagte: „Wenn er ausgegangen ist, ist er vielleicht gesund, er hat keine Mutter vergessen; es ist freilich unziemlich und beschämend für eine Mutter, auf der Schwelle zu stehen und um die Beobachtungen des Sohnes zu betteln, wie um Almosen.““

„Sie ging wieder nach Hause und logte sich zu Bett, jetzt ist sie im Fieber.“ „Ich sehe“, sagte sie, „nur für jene, für die Geinige, hat er noch Zeit!“ Sie glaubt, daß diese „Geinige“ Sofia Semenowna, deine Braut ist, oder doch deine Geliebte, ich weiß nicht genau. Nun bin ich sofort zu Sofia Semenowna gegangen, da ich, lieber Freund, alles erfahren wollte, — ich komme an — was was erblide ich? Einen Sarg und darum weinende Kinder. Sofia Semenowna maß ihnen Trauerkleider an, aber von dir — keine Spur! (Fortsetzung folgt.)“

zur aus zwei Senatoren und einem bürgerlichen Deputierten be...

Senator Dr. Bormehren ist der Ansicht, für den Senat...

A. H. ers glaubt, man habe mit der Stadthalle schon zu viele...

Senator Dr. Bormehren erklärt, Herr Direktor Fuchs...

Der Antrag Albers und der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: Weitere Verfüzung des Abschnittes XIX des...

11. Antrag: Zahlung einer Ablösungssumme an Stelle der...

12. Antrag: Voranschlag der Verwaltungskosten des Haupt...

Meiberg empfiehlt mit Rücksicht auf den Mangel an klei...

Senator Dr. Eichenburg sieht keinen Grund die Zoll...

Der Senatsantrag wird angenommen.

13. Antrag: Verkauf des Grundstücks Ballastfuhr Nr. 1.

Der Antrag wird angenommen.

14. Antrag: Abänderung verschiedener Gesetze mit Rücksicht...

Herrn bemängelt, daß die Kommissionen, die die Getreide...

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

15. Antrag: Abänderung der Artikel 51 und 69 der Ver...

Der Antrag wird in erster Lesung angenommen.

16. Antrag: Verleihung des Enteignungsrechtes an die Bau...

Der Antrag wird angenommen.

17. Antrag: Feststellung der im Rechnungsjahr 1917 auszu...

Scheidter, K. Heber und H. G. v. P. bringen vorläufige...

Der Antrag wird endgültig angenommen.

18. Antrag: Weitere Zuständigkeitsarbeiten im Museumsg...

Senator Dr. Eichenburg lehnt den Senatsantrag ab.

Senator Dr. Eichenburg erklärt, das Sachverhältnis habe...

In der weiteren Debatte bemängeln die Herren Eichenb...

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angen...

19. Antrag: Abgeordnete über die Wahl für den Reichstag...

Ziele erfüllt, die besonders Richter der Kaiserlichen...

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angen...

20. Antrag: Genehmigung einer Staatsanwaltschaft an die...

21. Antrag: Staatsanwaltschaft an den Bezirk Ostpreussische...

22. Antrag: Befugnis an die K. Landes-Anwaltschaft der...

23. Antrag: Befugnis für die Landes-Anwaltschaft für die...

24. Antrag: Befugnis für die Landes-Anwaltschaft an die...

25. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

26. Antrag: Genehmigung einer Staatsanwaltschaft an die...

27. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

28. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

29. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

30. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

31. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

32. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

33. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

34. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

35. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

36. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

37. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

38. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

39. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

40. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

41. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

42. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

43. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

44. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

45. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

46. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

47. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

48. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

49. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

50. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

51. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

52. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

53. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

54. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

55. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

56. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

57. Antrag: Befugnis an den Bezirk großherzogliche Res...

ner anerkannt, daß die deutschen Eisenbahnen unter den jetzigen...

Abg. Reil (Soz.) forderte, daß den Arbeiterausschüssen das...

Abg. Schulz-Erurt (Soz.) erkennt besonders die Tätig...

Herr v. Breitenbach weist darauf hin, daß für die Bes...

Vereinfachung der Rechtspflege.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine...

Die Schöffengerichte waren bisher zuständig außer für Ueb...

Der Senatsantrag wird in erster Lesung angenommen.

Hierbei mußte die Staatsanwaltschaft in allen Straffällen, die...

Die wesentliche Ausdehnung erfährt der Strafbefehl, Hin...

In Zukunftsverträgen sollen bürgerliche Rechtsstreitigkeiten...

Senator Dr. Eichenburg lehnt den Senatsantrag ab.

Sozialdemokratische Anträge zum Militärret.

„Wenn die Sozialdemokratie nicht gewesen wäre!“

Hohe Lebensmittelpreise im Interesse der Arbeiterschaft.

Der Essener Verein für die bergbaulichen Interessen...

Kleinwohnungsbau in Mainz.

Nachdem die Stadtverordneten 260 000 Mk. für Klein...

Zurückziehung der über 45-Jährigen.

Von sozialdemokratischer Seite ist schon seit geraumer...

Aus Nah und Fern.

Es gibt noch Käselager. Ein großer Käsefabrikant ist in...

Beim Lebensmittelpreise extrem. Kurhja Wiedemoß...

Hauptantrag des Reichstages.

Im Senat sind die Beschlüsse für den Reichstagsantrag...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.